



# **Koalitionsvereinbarung**

**zwischen**

**CDU, GLB und BfB**

**für die Wahlperiode**

**2016-2021**

## **I. Präambel**

Die CDU und die Wählergemeinschaften Grüne Liste Bensheim - Die Grünen (GLB) und Bürger für Bensheim (BfB) schließen für die Wahlperiode 2016 bis 2021 eine Koalition für die Bensheimer Stadtverordnetenversammlung. Die nachfolgende Vereinbarung ist die Grundlage der Zusammenarbeit aller drei Partner.

Die Koalitionspartner stellen fest, dass es durchaus unterschiedliche Positionen auf allen drei Seiten zu bestimmten Projekten und Themenstellungen gibt.

CDU, GLB und BfB werden eine verlässliche Mehrheit bilden, um die anstehenden Themen in Bensheim gemeinsam zu lösen und Bensheim voranzubringen. In unserer Koalitionsvereinbarung haben wir uns auf wichtige Ziele für die neue Wahlperiode verständigt. Das Thema Bürgerbeteiligung nimmt einen besonderen Stellenwert in dieser Koalitionsvereinbarung ein.

Die Koalitionsvereinbarung enthält nicht zu allen bestehenden oder künftigen Entscheidungen der Bensheimer Kommunalpolitik abschließende Regelungen. Die Koalitionspartner verpflichten sich, bei allen auftretenden Fragen einvernehmliche Lösungen zu finden und fair miteinander umzugehen. Im Interesse unserer Stadt und der hier lebenden Menschen werden wir nach guten Kompromissen suchen, die die Identität aller drei Koalitionspartner wahren.

Diese Vereinbarung gilt grundsätzlich auch für die Zusammenarbeit in den Ortsbeiräten Auerbach, Bensheim-Mitte und Bensheim-West.

## II. Sachprogramm

### A. Haushalt und Finanzen

Solide Finanzen sichern die Handlungsfähigkeit der Stadt. Deshalb liegt die Priorität von CDU, GLB und BfB auf dem dauerhaften Ausgleich des städtischen Etats. Dies soll vorrangig durch Einsparungen erreicht werden, während Investitionen weiterhin für die Stadtentwicklung erforderlich bleiben.

- Den städtischen Haushalt regelmäßig ohne Defizit aufstellen und die Kassenkredite rückführen.
- Eine Nettoneuverschuldung wird ausgeschlossen.
- Die Vorhaben dieser Koalitionsvereinbarungen stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Für zusätzliche Ausgaben ist die Finanzierung sicherzustellen.
- Das bestehende Haushaltssicherungskonzept fortschreiben und konkretisieren:
  - Einsparungen umsetzen und laufende Kosten senken.
  - Gebührensätze und Entgelte im zweijährigen Turnus anpassen.
  - Keine Erhöhung der Gebühren für die Kinderbetreuung in 2017. Ab 2018 erfolgen Anpassungen im zweijährigen Turnus (Mehreinnahmen in Höhe von 350.000 Euro in 2018), hierbei wird das Verhältnis zwischen den Gebühreneinnahmen und den Gesamtkosten für die Kinderbetreuung (ohne Auswirkungen der GGEW-Dividende) festgestellt, dieses Verhältnis wird für die folgenden Anpassungen festgeschrieben. Die Gebühren können aufgrund künftiger zusätzlicher Kostenübernahme des Landes verringert werden, sie werden nicht einkommensabhängig gestaffelt.
  - Interkommunale Zusammenarbeit verstärken (z.B. Bauhöfe/KMB, Tourismus, Ordnungspartnerschaft, Freiwilliger Polizeidienst. Bereich der Kindertagesstätten prüfen).
  - Grundstücke und Gebäude verkaufen (Hoffart-Gelände, bisherige DRK-Unterkunft).
  - Aktives Immobilienmanagement und Sanierungsplanung über die Bauzustandsdokumentation für Gebäude
- Die Volkshochschule an den Kreis zurückgeben.
- Keine selbstgestaltete Erhöhung der Grundsteuer, Senkung des Hebesatzes bei beständig ausgeglichenem Haushalt möglich
- Erfüllung der Vorgaben im Haushaltssicherungskonzept zur Gewerbesteuer, ansonsten Erhöhung des Hebesatzes in 2017 - einmalig in der Wahlperiode und fest bis 2021 - auf maximal 380 Prozentpunkte.

- Die Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge prüfen.
- Verbleib der GGEW in kommunaler Hand.

## B. Wohnen und Stadtentwicklung

CDU, GLB und BfB wollen für bezahlbaren Wohnraum in Bensheim sorgen. Bei der Stadtentwicklung soll der Flächenverbrauch begrenzt und die bestehende Siedlung gestärkt werden. Wir wollen gestalterisch hochwertige Wohnquartiere entwickeln, passende Verkehrskonzepte vorsehen und auf die soziale Durchmischung achten.

- Die Potenziale einer maßvollen Nachverdichtung in bestehenden Wohngebieten - im Sinne der Innen- vor Außenentwicklung - nutzen.
- Die Wohnquartiere nicht durch Verdichtung und Verkehr überlasten, ausreichende private und öffentliche Stellplätze in den Gebieten nachweisen.
- Die besondere Eigenart von Stadtquartieren erhalten und die Lebensqualität verbessern, z.B. durch Bebauungsplan für das Wohngebiet am Meerbach.
- Die begonnenen Bebauungsplanverfahren fortführen, z.B. BW 18 „Rheinstraße-Moselstraße-Werner-von-Siemensstraße“.
- Auf dem EKZ-Gelände eine durchmischte Wohnbebauung mit Geschosswohnungsbau ermöglichen und 20 Prozent der Wohnungen für sozialen Wohnungsbau vorsehen. Die Einrichtung eines Pflegeheims oder anderen sozialer Einrichtungen für Senioren prüfen.
- In das Umfeld passende Wohnbebauung auf dem seitherigen Standort der Ortsvereinigung des Roten Kreuzes an der Rodensteinstraße vorsehen.
- Neubaugebiet in Fehlheim ausweisen:
  - Entwicklung der im Flächennutzungsplan für Wohnbebauung vorgesehenen Fläche nordwestlich des Friedhofes von ca. 4,8 Hektar (z.B. Einzelhäuser).
  - Die Grundstücksvergabe erfolgt - wie bei anderen städtischen Flächen - insbesondere an Familien und Bewohner des Ortsteils.
  - Eine Bürgerinformation zu dem Vorhaben durchführen.
- In Langwaden und Schwanheim ist eine maßvolle Entwicklung der Wohnbebauung im Rahmen des Flächennutzungsplans möglich.
- Die Entwicklung im Bereich Zeilbäume in Auerbach wird nicht fortgesetzt.
- Bebauung des Meerbachsportplatzes
  - Schaffung von rund 60 Sozialwohnungen.
  - Planung mit dem Baukonzept für die angrenzende Fläche an Gärtnerweg/Meerbachstraße verbinden.

- Einrichtung einer Grün- und Spielfläche.
- Weitere Sozialwohnungen schaffen:
  - Umsetzung der Vorhaben im Gebiet „An den Stadtwiesen“ und auf dem Meerbachsportplatz.
  - Finanzierung von Sozialwohnungen aus dem Erlös des Verkaufs des seitherigen Standorts der Ortsvereinigung des Roten Kreuzes an der Rodensteinstraße.
  - Prüfung zur Nutzung des Geländes in der Vogelsbergstraße.
  - Prüfung, ob Grundstücke von der MEGB angekauft werden können, um diese an Gesellschaften zur Bebauung mit Sozialwohnungen zu verpachten.
- Bei der Entwicklung des ehemaligen Bundeswehr-Depots eine Grünfläche berücksichtigen und die Möglichkeiten für Sozialwohnungen sowie für den Standort eines Jugendzentrums prüfen.
- Initiativen für einen besseren Lärmschutz ergreifen:
  - Prüfung von möglichen Maßnahmen gegen Verkehrslärm, insbesondere entlang der Autobahn und der Bahnstrecke.
  - Prüfung der Ausweisung von innerörtlichen Tempo 30-Straßen und -Zonen, in der Regel nicht in Durchgangs- und Verbindungsstraßen.
  - Prüfung einer Geschwindigkeitsbegrenzung (Tempo 100) nachts auf der A 5.
  - Optimaler Lärmschutz an einer ICE-Neubaustrecke.
- Denkmalgeschützte Gebäude erhalten, z.B. Metzendorf-Häuser in der Friedhofstraße.
- Den barriere reduzierten Umbau in der Innenstadt prüfen, z.B. Passage am Wambolter Hof.

### C. Stadtmitte

Attraktiv, vielfältig und erlebnisorientiert wollen CDU, GLB und BfB die Stadtmitte erhalten. Hierhin wollen wir die Kaufkraft lenken und den Einzelhandel konzentrieren. Das Flair der Altstadt werden wir weiter stärken, weil sich in der Stadtmitte die Identität Bensheims zeigt.

- Eine Zukunftswerkstatt zur Innenstadt wird durchgeführt und unter anderem folgende Themen berücksichtigt: Bündelung von Initiativen und Aktivitäten sowie Vernetzung der Innenstadttakteure, Erstellung eines Gesamtkonzeptes mit Leitlinien für Gestaltung, Aktionen und weitere Entwicklung der Stadtmitte, Sauberkeit, Radverkehr (bei Erhalt der Fußgängerzone), Nahversorger und Innenstadt als Wohnquartier.
- Die Sanierung des Bürgerhauses umsetzen:
  - Sanierung mit den Modulen 1 bis 8 laut Vorlage 256/15 (ohne Konferenzraum, einschließlich Dalberger Hof).

- Die Finanzierung wird angepasst und die Umsetzung sichergestellt.
- Der Dalberger Hof soll im Erdgeschoss durch Gastronomie und im Obergeschoss durch Vereinsräume genutzt werden.
- Das Hoffart-Gelände wird veräußert und eine Entwicklung zusammen mit dem Nachbargelände angestrebt.
- Für das Umfeld des Bürgerhauses und Parktheaters wird ein Gestaltungsvorschlag erstellt, der unter anderem eine Grünfläche und die Verlegung der Ein-/Ausfahrt zur Tiefgarage in die nördliche Promenadenstraße umfassen soll.
- Der Neubau des Hauses am Markt wird umgesetzt:
  - Neubau durch die Stadt oder die MEGB in einem wirtschaftlich tragfähigen Konzept.
  - Bestandteile sind die langfristige Nutzung durch einen Mieter für EG/UG (H&M), ein Café und die öffentliche Toilettenanlage.
- Der Marktplatz wird umgestaltet:
  - Abschnittsweise Umsetzung der Platzsanierung und -attraktivierung.
  - Die Instandhaltung der Gebäude Marktplatz 2 und 3 erreichen, hierbei keine finanzielle Beteiligung der Stadt.
  - Erstellung eines Konzeptes für die künftige Nutzung des Platzes und der angrenzenden Gebäude.
- Das Gelände des alten Hospitals vorwiegend mit seniorenrechtlichen Wohnungen bebauen.
- Ansiedlung eines Nahversorgers anstreben.
- Belebung durch Bäume und Bänke befördern.
- Zur Parkraumbewirtschaftung eine Bilanz erstellen und Möglichkeiten der Optimierung prüfen, auch als Thema für die Zukunftswerkstatt.
- Die Parkhäuser nutzerfreundlicher gestalten.
- Die „Netten Toiletten“ optimaler über die Innenstadt verteilen.
- Das öffentliche WLAN-Angebot ausdehnen.
- Den Verein Bensheim Aktiv finanziell unterstützen.

#### D. Stadtteile

In den Stadtteilen wird eine aktive örtliche Gemeinschaft gelebt und bestehen zahlreiche Vereine. CDU, GLB und BfB wollen ihre besonderen Belange beachten und die Entwicklung der Orte unterstützen. Vor allem muss die Infrastruktur in den Stadtteilen erhalten bleiben und möglichst verbessert werden, damit sie als Wohnorte weiterhin attraktiv sind, ohne ihren Charakter zu verlieren.

- Auerbach:
  - Stärkung der Einkaufsmeile an der Darmstädter Straße, unter anderem Unterstützung von Initiativen unter Beteiligung von Bensheim Aktiv und Prüfung der Teilnahme an Wettbewerben, z.B. „Ab in die Mitte“.
  - Verbesserung der Parkmöglichkeiten im Umfeld des Fürstenlagers, insbesondere Lösung für die Bachgasse und Zugang vom Goethebrunnen gemeinsam mit der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Hessen anstreben.
  - Aufwertung des Vorplatzes des Bahnhofes, z.B. Informationstafeln und Bepflanzung, und barrierefreie Erschließung der Unterführung sowie der Bahnsteige auch von der Westseite (bei Finanzierung durch Bund und Land).
  - Erweiterung des Discounters in Darmstädter Straße/Brüder-Grimm-Straße unter Berücksichtigung der Nachbarschaftsinteressen.
  - Fußgängerweg vom Seniorenzentrum Wiesengrund zur Bachgasse.
  - Erhalt Auerbachs als Luftkurort.
- Fehlheim: Sanierung der Ortsdurchfahrt in der Rodauer Straße.
- Gronau: Sanierung des Feuerwehrhauses und der oberen Märkerwaldstraße.
- Hochstädten: Unterstützung weiterhin für das Hochstädter Haus.
- Langwaden: Abschnittsweise Entwicklung des Bolz- und Freizeitgeländes zum Mehrgenerationenplatz.
- Schönberg: Begleitung der Entwicklung des Schönberger Schlosses.
- Schwanheim: Fortsetzung der Umgestaltung im Bereich des Dorfgemeinschaftshauses.
- Wilmshausen: Umgestaltung des Dorfplatzes.
- Zell: Fertigstellung der Friedhofshalle.

## E. Natur- und Klimaschutz

CDU, GLB und BfB wollen das Landschaftsbild der Bergstraße erhalten und die hiesigen Naturräume bewahren. Wir wollen erfolgreiches Wirtschaften und eine klimaneutrale Stadt miteinander verbinden. Potenziale zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Energieeffizienz müssen weiter ausgeschöpft und die Nutzung erneuerbarer Energien vorangebracht werden. Unser Ziel ist, bis zum Jahr 2050 den Treibhausgasausstoß um 95 Prozent und den Energieverbrauch um 50 Prozent - jeweils gegenüber 1990 - zu senken.

- Den Masterplan 100 % Klimaschutz weiter umsetzen:
  - Für das Folgejahr einzuplanende Projekte werden von den Koalitionspartnern

einvernehmlich bis zur Sommerpause vorgeschlagen.

- Förderprogramm Klimaschutz, das mit dem Förderprogramm „Klimaschutz plus“ zusammengefasst wird, auf 30.000 Euro im Jahr ab 2017 erhöhen und begleitend evaluieren.
- Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik fortsetzen.
- Modellquartier zur energetischen Stadtsanierung, z.B. Meerbachviertel, initiieren.
- Photovoltaikanlagen auf Dächern städtischer Liegenschaften - soweit geeignet - ermöglichen
- Das Carsharing-Angebot ausbauen und ein Modellprojekt für die Stadtteile entwickeln.
- Den Klimapakt Bergstraße e.V. gemeinsam mit weiteren Kommunen und dem Kreis Bergstraße aufbauen.
- Den Einsatz erneuerbarer Energien zur Wärmeerzeugung bei Sanierung und Neubau von städtischen Liegenschaften - nach Einzelfallprüfung - anstreben.
- Die Modellkommune für die Ladeinfrastruktur Elektromobilität weiterführen, z.B. Ladestationen in Parkhäusern ermöglichen.
- Ökologische Kriterien bei der Auftragsvergabe beachten.
- Die FSC-Zertifizierung des Stadtwaldes prüfen.
- Naherholungsgebiete erhalten:
  - Ausdehnung des Naturwaldes auf 10 Prozent der städtischen Wälder anstreben.
  - Kein Straßenbau von Auerbach nach Fehlheim.
  - Entwicklung des zweiten Erlachsees - in natürlicher Sukzession - auf Grundlage des Planfeststellungsbeschlusses.
  - Anpflanzung von Bäumen an Feld- bzw. Wirtschaftswegen sowie Straßen und Prüfung der Agroforstwirtschaft.
- Die Auskiesung der Erlache fortsetzen und die Einnahmen aus dem Grubenzins für Natur- und Klimaschutzmaßnahmen verwenden.
- Den Betrieb des Naturschutzzentrums Bergstraße mit Partner fortsetzen.
- Windräder werden auf dem ersten Höhenzug der Bergstraße und in bestehenden FFH-Gebieten ausgeschlossen.
- Entwicklung des Grüngürtels fortsetzen:
  - Flächen ankaufen und für diese Nutzung umwidmen.
  - Biotope vernetzen und Gelände sowie Gewässer renaturieren, z.B. Mühl- und Mittelgraben zwischen Fehlheim und Schwanheim
  - Bienenwiesen und nektartragende Pflanzen anlegen.
- Die Gesamtgröße der Fläche für Siedlung und Gewerbe im Regionalplan bleibt bestehen,



eine Umordnung ist möglich. Darüber hinaus wird kein zusätzlicher Flächenbedarf angemeldet.

- Die landwirtschaftlichen Flächen erfassen und erhalten.
- Bei neu abzuschließenden oder zu verlängernden Pachtverträgen über städtische Flächen den gentechnikfreien Anbau festschreiben und den Einsatz von Glyphosat in der Nahrungsmittelproduktion ausschließen.
- Den Einsatz von Glyphosat beim KMB weiter reduzieren.
- Grünflächen in der Stadt - im Sinne eines „grünen Klimaschutzes“ - vernetzen:
  - Nach Vorlage des Grünflächenkatasters ein Konzept erstellen, in dem Flächen für die Begrünung, auch in Gewerbegebieten, und für mögliche Nachverdichtung der Bebauung festgelegt werden.
  - Baumpflanzungen in Wohngebieten ausweiten.
  - Die Grünanlage bei der Kindertagesstätte Fuldastraße wie geplant herstellen und eine Grünfläche auf dem ehemaligen Bundeswehrdepot in der Rheinstraße einrichten.
  - Wiederherstellung des Rundwegs um den Badensee auch auf der Ostseite.
  - Standort für Grünfläche am Winkelbach im Bereich Fehlheimer-/Mozartstraße prüfen.
  - Anknüpfend an das Grünflächenkonzept, die Erstellung einer Stadtklimaanalyse prüfen.
- Die Baumschutzsatzung in der Naturschutzkommission besprechen und bewerten, unter anderem im Hinblick auf Ersatzpflanzungen beim Fällen von Bäumen.

## F. Kinder, Jugend und Familie

Bensheim bleibt eine familienfreundliche Stadt. Das Ziel von CDU, GLB und BfB ist, die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit zu erleichtern sowie Kinder bestmöglich zu fördern. Deshalb werden wir weiterhin in Bildung und Betreuung investieren.

- Die Angebote der Kinderbetreuung in Tagesstätten und bei Tageseltern weiter bedarfsgerecht ausbauen - auch im Hinblick auf Flüchtlingsfamilien -, mit flexiblen Öffnungszeiten ausgestalten und auf die Qualität achten.
- Die Übernahme der Trägerschaft für die Betreuung an den Grundschulen (Pakt für den Nachmittag) durch die Stadt anbieten (im Einvernehmen mit Fördervereinen und Schulen) und die Horte perspektivisch in die Betreuung an den Schulen integrieren.
- Die Grundschulen und Kindertagesstätten in den Stadtteilen dauerhaft erhalten.
- Bildungsinstitutionen - insbesondere Kindertagesstätten, Grundschulen, weiterführende Schulen, Musikschule, Stadtbibliothek und Volkshochschule - miteinander weiter vernetzen und ihre Zusammenarbeit intensivieren.

- Die Berufung eines ehrenamtlichen Kinderbeauftragten prüfen und die Koordination der Angebote für Familien in Bensheim verbessern.
- Die Jugend- und Suchtberatung PRISMA in Bensheim in bisheriger Höhe finanziell unterstützen.
- Für das Jugendzentrum einen geeigneten Standort suchen und das städtische Angebot bedarfsorientiert ausbauen.
- Die „Stadt Bensheim-Karte“ für Sozialleistungsempfänger beibehalten.

## G. Senioren

Der demografische Wandel der Gesellschaft ist eine Herausforderung, die aktiv gestaltet werden muss. CDU, GLB und BfB wollen die Stadtentwicklung und weitere Entscheidungen an der steigenden Lebenserwartung der Menschen orientieren.

- Die Wahl des Seniorenbeirates für nicht an Organisationen gebundene Seniorinnen und Senioren öffnen.
- Neue Wohnmodelle für Seniorinnen und Senioren etablieren, z.B. Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenwohnen, auch für Demenzkranke.
- Die Wohnberatung für den altersgerechten Umbau von Wohnungen bzw. Häusern fortsetzen und Wohnraum für Senioren bei Neubebauungen berücksichtigen (auch mit Pflegestützpunkten in der Nähe).
- Das Wohnumfeld seniorengerecht gestalten, z.B. Sitzgelegenheiten an Wegeverbindungen, Barrierefreiheit, Induktionsanlagen für Hörgeschädigte, Behindertenparkplätze.
- Möglichkeiten zur Begegnung in bestehenden Einrichtungen stärken, z.B. in der Weststadt.
- Die Beratungsangebote für die Pflege, z.B. ganzheitliche Seniorenberatung und Seniorenlotsen, weiterführen.
- Möglichkeiten zur Schaffung zusätzlicher Pflegeplätze bieten, z.B. Gelände der Villa Medici an der Nibelungenstraße, EKZ-Gelände an der Wormser Straße.
- Die Co-Finanzierung des Mehrgenerationenhauses in der Klostersgasse fortsetzen.
- Die Demografiebeauftragte in der Stadtverwaltung beibehalten und den Demografiebericht fortschreiben.
- Das Heilig-Geist-Hospital muss für die Gesundheitsversorgung erhalten bleiben, eine finanzielle Beteiligung der Stadt kann nicht erfolgen.

## H. Ehrenamt, Sport und Kultur

Das bürgerschaftliche Engagement im Ehrenamt bewirkt Gemeinsinn und Zusammenhalt in der Stadt. Deshalb werden CDU, GLB und BfB diejenigen besonders unterstützen, die in Vereinen und Initiativen oder als Einzelpersonen ehrenamtlich aktiv sind. Die vielfältigen Angebote von der Kultur bis hin zum Sport werden weiterhin von der Stadt gefördert.

- Rahmenbedingungen schaffen, um junge Leute für die Übernahme eines Ehrenamtes, den Einsatz als Übungsleiter oder die Mitarbeit in den Vereinen zu begeistern.
- Im Weiherhausstadion den Neubau der Sportfunktionsgebäude umsetzen, für zusätzliche Parkplätze sorgen und die Zufahrt von der Saarstraße verbessern.
- Den Umzug des FC Italia Bensheim e.V. ermöglichen und einen neuen Fußballplatz - aufgrund der Bebauung des Meerbachsportplatzes - anlegen.
- Die kulturellen Einrichtungen und Angebote der Stadt erhalten.
- Die Vernetzung der Kulturschaffenden und die Koordination von Veranstaltungen verbessern, z.B. den digitalen Veranstaltungskalender ausbauen.

## I. Integration

Wir wollen den Menschen helfen, die vor Krieg sowie Verfolgung geflohen sind und zu uns kommen. Dies ist eine bedeutende Aufgabe für die kommenden Jahre. Der Spracherwerb ist der Schlüssel zur Integration. Die Flüchtlinge müssen die deutsche Sprache lernen, und sie sollen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Wichtig ist, die erforderliche Hilfestellung für das tägliche Leben zu bieten, die hiesigen Werte sowie Kultur zu vermitteln und gegenseitigen Respekt zu fördern.

- Das Angebot der Integrationslotsen bedarfsgerecht ausbauen.
- Die Unterstützung für Helferkreise und Vereine fortführen.
- Die zugewiesenen Flüchtlinge dezentral unterbringen.
- Zur Schaffung von Wohnraum die Änderung des Bebauungsplanes BW 17 „An den Stadtwiesen“ vornehmen; in diesem Zusammenhang:
  - Belegung der Wohnhäuser mit Familien anstreben.
  - 3 Gebäude für die Unterbringung von Flüchtlingen und 3 Gebäude für Sozialwohnungen.
  - Baldmögliche Umwandlung der Flüchtlingsunterkünfte in Sozialwohnungen.
  - Mit dem Kreis Bergstraße vereinbaren, keine weiteren Gebäude in diesem Gebiet als

Flüchtlingsunterkünfte anzumieten und die Nutzung der vorhandenen Mietobjekte zu überprüfen.

- Den Aufbau eines Integrations-Monitorings (insbesondere Sammeln und Aufbereiten von Informationen) anstreben.
- Die Internationale Woche im zweijährigen Rhythmus ab 2017 mit Kooperationspartnern durchführen.

## J. Sicherheit

Mit geeigneten Maßnahmen wollen CDU, GLB und BfB dafür sorgen, dass sich die objektive Sicherheit noch verbessert und auch das Sicherheitsgefühl weiter zunimmt. Wir wollen die Prävention fortsetzen, um Straftaten zu verhindern, von der baulichen Gestaltung über Beleuchtung bis hin zu Aktionen gegen Vandalismus oder Alkoholmissbrauch und für Zivilcourage. Dazu gehört auch Sauberkeit auf Straßen und Plätzen.

- Die Kameraüberwachung am Bahnhof Bensheim beibehalten.
- Den Freiwilligen Polizeidienst und die Citystreife fortsetzen.
- Die Aktion Wachsame Nachbarn ausweiten.
- Die Feuerwehr - auch im Rahmen der Bedarfsentwicklungsplanung - bei der Nachwuchsgewinnung unterstützen.

## K. Verkehr

Die Lage Bensheims zwischen den Zentren zweier Metropolregionen ist ein Vorteil, den es durch gute Verkehrsanbindungen von der Straße bis zur Schiene zu nutzen gilt. CDU, GLB und BfB wollen bei Weiterentwicklung alle Verkehrsmittel mit ihren jeweiligen Vorteilen berücksichtigen. Es sollen leistungsfähige Angebote entwickelt werden, um Alternativen zum Individualverkehr zu bieten.

- Die Mobilitätszentrale am Bahnhof in Zusammenarbeit mit VRN und Bahn AG aufbauen.
- Den ÖPNV verbessern, auch aufgrund des Verkehrsentwicklungsplans:
  - Die Verbindungen mit Ruf- bzw. Sammeltaxis und Mitfahrgelegenheiten in die Stadtteile ausweiten.
  - Die Buslinien in die Stadtteile und die Anbindung der Gewerbegebiete verbessern.
  - Den Stadtbus optimieren und inhaltlich neu arrangieren.
  - Die Umsteigemöglichkeiten zwischen den Verkehrsmitteln und die Vernetzung von

Bussen und Zügen verbessern.

- Die Bahnhöfe Bensheim und Auerbach in das S-Bahn-Netz einbinden.
- Die Fernverkehrsverbindungen vom Bahnhof Bensheim - als Haltestelle des InterCity - erhalten.
- Das Erhaltungsprogramm für die Straßen fortsetzen.
- Möglichkeiten zur Behebung des Staus auf der Wormser Straße prüfen.
- Ein Radwegzustandskataster zur Priorisierung von Maßnahmen erstellen.
- Maßnahmen des Radverkehrskonzepts umsetzen, z.B.
  - Markierung von Radstreifen in der Werner-von-Siemens-Straße prüfen,
  - in der Robert-Bosch-Straße die Situation für Radfahrer verbessern,
  - die Radstreifen in der Schwanheimer Straße westlich der Autobahnbrücke bis zum Leica-Kreisel - unter Berücksichtigung der Parkplätze - fortführen.
- Ein Fahrradparkhaus am Bahnhof - vorzugsweise auf der Ostseite - errichten.
- Das Fahrradleihsystem im Stadtgebiet aufbauen und nach drei Jahren evaluieren.
- E-Bike-Ladestationen in der Innenstadt aufstellen.
- Die bedarfsweise Freigabe des Standstreifens auf der A 5 anregen.
- Die ICE-Neubaustrecke an der A 67 bündeln.

#### L. Wirtschaftsförderung

CDU, GLB und BfB werden Bensheim als attraktiven Wirtschaftsstandort stärken. Damit wollen wir erreichen, dass Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie der Wohlstand in unserer Stadt erhalten bleiben.

- Das Gewerbegebiet Stubenwald II entwickeln:
  - Vermarktung von Grundstücken auf Grundlage des bestehenden Vermarktungskonzepts.
  - Begrenzung der Vermarktung auf 80 Prozent der Fläche bis zum Jahr 2021.
- Die Wirtschaftsförderung durch die MEGB (z.B. Betreuung der Unternehmen, Netzwerkbildung) fortsetzen.
- Möglichkeiten zur Ausweitung des Tourismus nutzen, unter anderem einen Standort sowie Betreiber für einen Wohnmobilstellplatz suchen.
- Die jährliche Energie- und Baumesse mit Kooperationspartnern fortführen.
- Den Ausbau der schnellen Internetanbindung vorantreiben.

## M. Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung ist in der Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgerschaft fest verankert. Wir sehen eine frühzeitige Beteiligung als unverzichtbar an, um über Themen von allgemeinem Interesse zu informieren und die Anregungen der verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen aufnehmen zu können. CDU, GLB und BfB haben das Ziel, die Menschen besser zu informieren, Politik transparenter zu gestalten und über Bürgerbeteiligungsprojekte Angebote zum Mitmachen zu bieten. Bensheim braucht das ehrenamtliche Engagement für unsere Stadt.

- Die städtischen Kommissionen intensiver in die Beratung einbinden.
- Bei Bebauungsplanverfahren mit öffentlichem Interesse frühzeitig eine Bürgerinformation durchführen.
- Auf der städtischen Homepage weitere Informationen bereitstellen, z.B. Veröffentlichungen der Verwaltung, amtliche Bekanntmachungen.
- Elemente eines Bürgerhaushaltes, die sich in anderen Städten bewährt haben, umsetzen.
- Gründung einer Bürgerstiftung und Umwidmung bzw. Umbenennung der bestehenden Bürgerstiftung.
- Zukunftswerkstätten - wie z.B. für die Innenstadt - zur breiten Beteiligung der Bürger nutzen.
- Beteiligungsverfahren und Informationsveranstaltungen vor Entscheidungen zu wichtigen Themen durchführen.

### **III. Organisation der Zusammenarbeit**

Zu allen Punkten in der Stadtverordnetenversammlung und den städtischen Gremien, zu denen ein Beschluss zu fassen ist oder eine Wahl stattfindet, stellen die Koalitionspartner eine Mehrheit sicher, nachdem hierzu eine gemeinsame Entscheidung auf Grundlage dieser Vereinbarung getroffen wurde. Die Koalitionspartner tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung.

#### Koalitionsausschuss

CDU, GLB und BfB bilden einen Koalitionsausschuss. Dieser besteht aus jeweils bis zu fünf Fraktionsmitgliedern bzw. ehrenamtlichen Stadträten und den hauptamtlichen Magistratsmitgliedern bzw. dem ehrenamtlichen Dezernenten der Koalitionspartner. Weitere Fraktionsmitglieder bzw. Fachleute können einvernehmlich hinzugezogen werden. Der Koalitionsausschuss trifft sich mindestens vor jeder Ausschusssrunde, um bei den Verwaltungsvorlagen ein einheitliches Vorgehen festzulegen, gemeinsame Anträge zu erarbeiten, die Bildung von Arbeitsgruppen vorzubereiten etc.

Bei Bedarf kann sich eine Koalitionsrunde, insbesondere zur Abstimmung wesentlicher Sachthemen, treffen. Diese besteht aus jeweils drei Fraktionsmitgliedern bzw. ehrenamtlichen Stadträten und den hauptamtlichen Magistratsmitgliedern bzw. dem ehrenamtlichen Dezernenten der Koalitionspartner.

Zu Koalitionsausschuss und -runde werden Themen, die von den Beteiligten erörtert werden sollen, im Voraus als Tagesordnungspunkte angemeldet und hierzu - soweit erforderlich - Unterlagen vorgelegt.

#### Behandlung von Verwaltungsvorlagen

Sollte bei Verwaltungsvorlagen kein gemeinsames Vorgehen erreichbar sein, wird die Verwaltungsvorlage von der Tagesordnung abgesetzt bzw. zurückgezogen. Sollte auch in einer weiteren Koalitionsrunde und gegebenenfalls in einer Arbeitsgruppe kein Einvernehmen erzielt werden, wird die Verwaltungsvorlage nicht weiterverfolgt.

#### Behandlung von Anträgen und Anfragen in der Stadtverordnetenversammlung

Anträge werden in den städtischen Gremien grundsätzlich von den drei Fraktionen gemeinsam

gestellt; dies gilt entsprechend für schriftliche Anfragen in der Stadtverordnetenversammlung. Eine Koalitionsfraktion kann alleine einen Antrag oder eine Anfrage einbringen, wenn mit den Partnern darüber Einvernehmen hergestellt wurde. Anträge Dritter werden auf ihre Zustimmungsfähigkeit überprüft und nach gemeinsamer Entscheidung entweder angenommen, abgeändert, zur Ausschussberatung überwiesen oder abgelehnt.

#### Bundes- und Landespolitik

Bundes- und Landespolitik werden durch die Koalitionspartner in der Stadtverordnetenversammlung in der Regel nicht behandelt; etwaige Anträge werden aus diesem Grunde abgelehnt. Hiervon kann im Einvernehmen der drei Fraktionen abgewichen werden. Die Parteien können außerhalb der Stadtverordnetenversammlung und städtischer Gremien eigenständig Stellung beziehen; die Fraktionen nehmen dazu keine Stellung.

#### Öffentlichkeitsarbeit

Die gemeinsamen Vorhaben werden von den drei Fraktionen zusammen in der Öffentlichkeit dargestellt, dies gilt insbesondere für Pressemitteilungen. Die Fraktionen können jeweils eigene Veröffentlichungen machen, über die sie vorher informieren und die der vertrauensvollen Zusammenarbeit der Koalition nicht schaden.



## **IV. Faire Beteiligung der Partner**

- Der ehrenamtliche Magistrat wird auf 8 Sitze erhöht. Die Koalitionspartner stellen im Wahlverfahren sicher, dass die BfB zwei ehrenamtliche Magistratsmitglieder erhält. Sollte ein Magistratsmitglied während der Wahlzeit bis 2021 ausscheiden, so rückt ein Magistratsmitglied der gleichen Fraktion nach.
- Die drei Ausschüsse bleiben bei jeweils 9 Mitgliedern. Es werden keine gemeinsamen Listen gebildet (Benennungsverfahren).
- Die CDU-Fraktion stellt die/den Stadtverordnetenvorsteher/in. Die Zahl der stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher wird auf zwei festgelegt. Die BfB stellt eine/n stellvertretende/n Stadtverordnetenvorsteher/in, der andere wird der SPD angeboten.
- Die Koalitionspartner wählen im Haupt- und Finanzausschuss die/den CDU-Kandidatin/Kandidaten zur/zum Vorsitzenden, im Bau-, Umwelt- und Planungsausschuss die/den GLB-Kandidatin/Kandidaten zur/zum Vorsitzenden und im Sozial-, Sport- und Kulturausschuss die/den BfB-Kandidatin/Kandidaten zur/zum Vorsitzenden. Einen von zwei stellvertretenden Vorsitzenden stellt im Haupt- und Finanzausschuss die CDU, im Bau-, Umwelt- und Planungsausschuss die BfB und im Sozial-, Sport- und Kulturausschuss die GLB; die/der andere stellvertretende Vorsitzende wird der SPD angeboten.
- Die bisherige GLB-Vertreterin im Aufsichtsrat der GGEW AG wird durch eine/einen von der BfB vorgeschlagene/n Vertreter/in nach Ablauf der Wahlzeit 2018 ersetzt. Die CDU behält ihren Sitz im Aufsichtsrat.
- Die Besetzung der weiteren Kommissionen und die Benennung von Vertretern der Stadtverordnetenversammlung in den weiteren Gremien erfolgt – unter Berücksichtigung der anderen Fraktionen – einvernehmlich zwischen CDU, GLB und BfB. Die BfB erhält einen Sitz in der Verbandsversammlung des KMB.
- Die Koalitionspartner werden in den Ortsbeiräten Mitte, West und Auerbach die/den von der CDU vorgeschlagene/n Kandidatin/Kandidaten zur/zum Ortsvorsteher/in wählen. Die Koalitionspartner werden sich über die Besetzung der stellvertretenden Ortsvorsteher verständigen.
- Die CDU stellt weiter den Ersten Stadtrat, die GLB weiter den weiteren hauptamtlichen Stadtrat. Es herrscht Einvernehmen darüber, dass die jeweils vorgeschlagenen Kandidaten von allen drei Koalitionspartnern gewählt werden. Der Bürgermeister wird gebeten, einem ehrenamtlichen Magistratsmitglied der BfB ein Dezernat zuzuteilen.
- GLB und BfB verzichten bei der Bürgermeisterwahl auf die Aufstellung eines eigenen Bürgermeisterkandidaten. Gleichzeitig sagt der Bürgermeister zu, den derzeitigen Zuständigkeitsbereich des GLB-Stadtrats im Wesentlichen beizubehalten und die

Eigenständigkeit, Wahrnehmung und Darstellung seines Aufgabenbereichs in den politischen Gremien und der Öffentlichkeit zu garantieren.

---

Markus Weißyk  
CDU-Fraktion

---

Tobias Heinz  
CDU-Stadtverband

---

Doris Sterzelmaier  
GLB-Fraktion

---

Wolfram Fendler  
GLB-Wählergemeinschaft

---

Franz Apfel  
BfB-Fraktion

---

Norbert Koller  
BfB-Wählergemeinschaft

---

Rolf Richter  
Bürgermeister